

Einladung

Münsterland gegen Agrarfabriken

Industrialisierung stoppen - Bürgerrechte stärken

Zu einem Gesprächstermin lädt das Aktionsbündnis 'Münsterland gegen Agrarfabriken' die **Wahlkreiskandidaten des Münsterlandes** und die **Presse** ein.

Ort: Umwelthaus Münster, Zumsandestraße

Zeit: Freitag, 04.05.2012, 15 Uhr

Hintergrund

Mit einer neuen Aktionsform protestieren die Bürgerinnen und Bürger des Münsterlandes gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft und die Aushebelung grundlegender Bürgerrechte. In rund 40 Städten und Gemeinden der Region werden am 04.05.2012 zeitgleich Bürgeranträge gestellt, die die Kommunen auffordern, das gemeindliche Einvernehmen für industrielle Mastanlagen zu verweigern.

Getragen wird die Aktion von Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung, Ortsverbänden von Bündnis 90 / Die Grünen und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Die Aktionsform des 'gemeinsamen Bürgerantrages' wurde gewählt, um insbesondere auf die Schwächung der Bürgerrechte in den Genehmigungsverfahren aufmerksam zu machen.

Das Münsterland ist mit einer Industrialisierungswelle in der Landwirtschaft konfrontiert, die nach den Niederlanden und Niedersachsen nun die Region im Norden von NRW erfasst. Insbesondere in den Nordkreisen steigen die Tierzahlen in den Ställen rasant an. Immer mehr Mastfabriken ersetzen die Unternehmen der bäuerlichen Landwirtschaft.

Gegen diese Industrialisierung können sich die Bürgerinnen und Bürger nicht zur Wehr setzen. Die Genehmigungsverfahren sind nicht mehr auf den Ausgleich der Interessen von Antragsteller, Natur- und Landschaftsschutz, Raumplanung und Bewohner ausgerichtet. Die Verfahren sind längst zu einer Genehmigungs-Maschinerie der Agrarindustrie verkommen.

Die Mängel in den Genehmigungsverfahren haben auf Bundesebene bereits zu Reaktionen geführt. Doch die Reformvorhaben von Bundesbauminister Ramsauer und Landwirtschaftsministerin Aigner sind völlig unzureichend. So ist eine Bürgerbeteiligung, die zu einem echten Interessenausgleich führen könnte, nicht geplant.

Ziele

Um die Industrialisierung der Landwirtschaft im Münsterland zu stoppen und die Bürgerrechte zu stärken fordert das Aktionsbündnis:

- **Genehmigungen für industrielle Mastanlagen werden durch ein Moratorium der Landesregierung gestoppt.** Dies hat die Landesregierung bereits bei den Genehmigungen für die Förderung von unkonventionellem Erdgas durchgesetzt. Begründung bei der Erdgasförderung: unzureichendes Genehmigungsverfahren und mangelhafte wissenschaftliche Grundlage zur Risikobewertung.

- **Vollständige Erfassung der Viehbestände.** Die aktuellen Daten und Schätzungen zu den Viehbeständen im Münsterland machen eine Risikobewertung der Technologie unmöglich. Hier muss eine fundierte Datengrundlage geschaffen werden, um überhaupt mit den Genehmigungen fortsetzen zu können.

- **Neubewertung der Risiken durch Agrarfabriken.** Angesichts neuester wissenschaftlicher Untersuchungen und vor dem Hintergrund der Skandale zum Antibiotika-Missbrauch müssen die Risiken von Massentierhaltungsanlagen neu bewertet werden. Diese Neubewertung hat direkten Einfluss auf die Genehmigungsverfahren.

- **Echte Bürgerbeteiligung im Genehmigungsverfahren.** Hohe Verfahrenskosten und intransparente Verfahrensabläufe verhindern, dass sich die Bürgerinnen und Bürger angemessen in ein Genehmigungsverfahren einbringen können. Eine Reform der bisherigen Praxis ist dringend erforderlich.

- **Mehr Verantwortung für Städte und Gemeinden.** Die Erklärung des gemeindlichen Einverständnisses muss ersetzt werden durch eine begründete Willenserklärung der betroffenen Kommune vor Ort.

Margarete Domogalla, Dülmen
Klaus Richter, Billerbeck

Anette Liesert, Dülmen
Jürgen Blümer, Drensteinfurt

Anhänge:

- Formular des Bürgerantrags
- Liste der Antragsteller